

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Christopher Vogt, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Nr. 081/2015
Kiel, Dienstag, 3. März 2015

Hochschule/Lehrerbesoldung

Christopher Vogt: Die Benachteiligung des Grundschullehramtes ist nicht nachvollziehbar

Zu den Plänen der Landesregierung zur Lehrerbesoldung erklärt der hochschulpolitische Sprecher und Stellvertretende Fraktionsvorsitzende der FDP-Landtagsfraktion, **Christopher Vogt**:

„Es wurde auch höchste Zeit, dass die Landesregierung ihr lange angekündigtes Konzept zur Neuordnung der Lehrerbesoldung vorlegt. Dies war insbesondere durch die Neuordnung der Lehramtsausbildung im vergangenen Jahr dringend notwendig geworden. Wir erwarten nun von Finanzministerin Heinold auch eine klare Antwort auf die elementare Frage, wie die Landesregierung die immensen Mehrkosten dieser Reform dauerhaft finanzieren will.

Die meisten Eckpunkte sind keine Überraschung. Die Abschaffung des Gymnasiallehrers halten wir bekanntermaßen für falsch, aber es entspricht zumindest einer gewissen Logik, nun auch die Besoldung beim Sekundarschullehramt anzugleichen, um Ungerechtigkeiten zu vermeiden. Wir können jedoch nicht nachvollziehen, warum SPD und Grüne Grundschullehrerinnen und Grundschullehrer schlechter bezahlen wollen, obwohl diese nun quasi die gleiche Ausbildung wie die anderen absolvieren müssen. Auf diesen Punkt hatten wir bei der Diskussion über die Reform der Lehrerausbildung mehrfach hingewiesen.

Während SPD und Grüne ansonsten verbissen für ein Entgeltgleichheitsgesetz kämpfen, nehmen sie solche Ungerechtigkeiten offenbar achselzuckend in Kauf, wenn sie selbst in der Verantwortung sind, für faire Bezahlung zu sorgen. Diese Benachteiligung des Grundschullehramtes trifft vor allem Frauen und ist ausschließlich finanzpolitisch motiviert, auch wenn die Landesregierung etwas anderes erklärt. Der Leitsatz 'Gleicher Lohn für gleiche Arbeit' gilt bei SPD und Grünen offenbar nur, wenn sie sich keine Gedanken über die Finanzierung machen müssen. Es wäre mehr als nur scheinheilig, wenn die Fraktionen von SPD und Grünen dies mittragen würden.“